

Anlage 1  
zur Vorlage KT\_12/2021  
zur Sitzung am 16.04.2021



# **Bericht Betätigungsprüfung 2019**

Landratsamt Ludwigsburg  
Fachbereich Prüfung und Revision

## **Inhaltsverzeichnis**

	<b>Seite</b>
<b>1 Allgemeines</b>	<b>3</b>
<b>2 Regionale Kliniken Holding RKH GmbH</b>	<b>4</b>
<b>3 Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH</b>	<b>6</b>
<b>4 Kliniken Service GmbH (KSG)</b>	<b>9</b>
<b>5 Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH (OKM)</b>	<b>11</b>
<b>6 ORTEMA GmbH</b>	<b>12</b>
<b>7 MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH</b>	<b>14</b>
<b>8 Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH (AVL)</b>	<b>15</b>
<b>9 Kleeblatt Pflegeheime gGmbH und Kleeblatt Consult GmbH</b>	<b>17</b>

## 1 Allgemeines

Gegenstand der Betätigungsprüfung ist die Betätigung des Landkreises bei Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen der Landkreis allein oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist (Beteiligungsunternehmen).

Die Betätigungsprüfung erstreckt sich insbesondere darauf, ob

- die Zulässigkeitsvoraussetzungen für das Bestehen der Beteiligungsunternehmen nach den §§ 102, 103, 103 a und 105 a der Gemeindeordnung (GemO) erfüllt sind,
- der Landkreis seine Pflichten nach dem kommunalen Unternehmensrecht der §§ 102 bis 106 a und 108 GemO erfüllt sowie seine Befugnisse und Möglichkeiten nach dem Gesellschaftsrecht zur Steuerung und Überwachung seiner Beteiligungsunternehmen ausreichend und sachgerecht wahrnimmt und
- die Vertreter des Landkreises in den Unternehmensorganen ihre Aufgaben pflichtgemäß, mit der gebotenen Sorgfalt und unter angemessener Berücksichtigung der besonderen Interessen des Landkreises erfüllen.

Für die unmittelbaren Beteiligungen

- Regionale Kliniken Holding RKH GmbH (KT-Beschluss 23.07.2004)
- Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (KT-Beschluss 01.07.1994)
- Abfallverwertungsgesellschaft Ludwigsburg mbH (KT-Beschluss 27.04.1990)
- Kleeblatt Pflegeheime gGmbH (KT-Beschluss 27.04.1990)

und die mittelbaren Beteiligungen

- Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH (KT-Beschluss 27.04.2007)
- ORTEMA GmbH (KT-Beschluss 27.04.2007)
- MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (KT-Beschluss 15.12.2017)
- Kliniken Service GmbH (KT-Beschluss 30.04.2004)
- Kleeblatt Consult GmbH (KT-Beschluss 25.04.2008)

ist dem Fachbereich Prüfung und Revision jeweils das Recht zur Betätigungsprüfung eingeräumt. Bei den übrigen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungsunternehmen besteht für den Landkreis kein Recht zur Betätigungsprüfung.

Nachfolgend werden die Prüfungsinhalte und -ergebnisse der für das Geschäftsjahr 2019 durchgeführten Betätigungsprüfungen dargestellt.

## 2 Regionale Kliniken Holding RKH GmbH

### 2.1 Allgemeines

Bei der Beteiligung an der Regionalen Kliniken Holding RKH Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 207099, handelt es sich um eine unmittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg in Höhe von 50 % am Stammkapital.

Die Geschäftsanteile am Stammkapital von insgesamt 2.247.000,00 € stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

<b>Beteiligungsverhältnisse</b>	<b>Nennbetrag in Euro (€)</b>	<b>Anteil in Prozent (%)</b>
Landkreis Ludwigsburg	1.123.500,00	50
Landkreis Karlsruhe	494.340,00	22
Große Kreisstadt Bietigheim- Bissingen	337.050,00	15
Enzkreis	292.110,00	13

Durch die Rechtsform der GmbH ist die Haftung der Gesellschafter, nach der erfolgten Eintragung in das Handelsregister, auf die Einlage begrenzt. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter ist im Gesellschaftsvertrag nicht bestimmt.

Die Basis für das Geschäftsjahr 2019 stellt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 21.07.2009 dar.

Alleingeschäftsführer ist seit dem 01.01.2015 Herr Prof. Dr. Jörg Martin. Nach dem Ausscheiden des kaufmännischen Geschäftsführers zum 31.12.2014 wurde diese Geschäftsführerposition nicht mehr besetzt und stattdessen die Position eines kaufmännischen Direktors neu geschaffen, die seit dem 01.01.2015 von Herrn Axel Hechenberger besetzt wird.

Der Aufsichtsrat besteht aus den Mitgliedern der Aufsichtsräte der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH, der Enzkreis Kliniken gGmbH und der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.

Im Geschäftsjahr 2019 haben zwei Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden. Der Umfirmierung zur RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH wurde in der Aufsichtsratssitzung der RKH vom 11.12.2019 zugestimmt.

Die Sitzungen wurden entsprechend den gesellschaftsvertraglichen Vorgaben form- und fristgerecht einberufen. In den jeweiligen Sitzungen lag Beschlussfähigkeit vor. Die Beschlüsse sind ordnungsgemäß zustande gekommen. Der Fachbereich Prüfung und Revision hat an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen und konnte sich damit vom ordnungsgemäßen Hergang der Sitzungen überzeugen.

Durch den Aufsichtsrat wurden keine Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Die Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlungen sind jeweils im Umlaufverfahren erfolgt. Am 19.08.2019 wurde der Jahresabschluss 2018 festgestellt und die Zuführung des Jahresüberschusses in voller Höhe der Gewinnrücklage beschlossen. Außerdem wurde der Aufsichtsrat entlastet. Landrat Dr. Haas, als gesetzlicher Vertreter des Landkreises, hat bei den Beschlussfassungen jeweils die Empfehlungen der Gremien beachtet.

## **2.2 Rechnungsergebnis**

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2017 bis 2019 ist nachfolgend tabellarisch abgebildet.

<b>RKH GmbH</b>	<b>2017 in T€</b>	<b>2018 in T€</b>	<b>2019 in T€</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.584</b>	<b>9.890</b>	<b>10.167</b>
<b>Jahresüberschuss/-fehl- betrag</b>	<b>190</b>	<b>200</b>	<b>19</b>

Die Erwartungen für das Geschäftsjahr 2019 konnten nicht erreicht werden. Der Jahresüberschuss in Höhe von 18.752,19 € (Vj. 199.825,91 €) weicht um rund 163 T€ von den Planungen ab. Die Umsatzerlöse, insbesondere die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses und aus Wahlleistungen, konnten im Vergleich zum Vorjahr um rund 130 T€ auf 21,7 Mio. € gesteigert werden. Die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Personalaufwendungen und die Erhöhungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten durch die Erlössteigerung jedoch nicht abgefangen werden.

Die Ergebnissituation der Tochtergesellschaften der Holding stellte sich im Geschäftsjahr 2019 teilweise abweichend von den Planungen dar. Die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH schlossen das Geschäftsjahr mit einem leicht unter den Erwartungen liegenden Ergebnis in Höhe von -813 T€ (Vj. 505 T€) ab. Bei der Enzkreis-Kliniken gGmbH wurde das Planziel verfehlt und es war ein Fehlbetrag von -4,9 Mio. € (Vj. -4,6 Mio. €) zu verzeichnen.

Das Ergebnis der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH lag erneut deutlich über dem Plan und konnte weiter verbessert werden auf 1,9 Mio. € (Vj. 1,2 Mio. €).

Dem für das Wirtschaftsjahr 2019 vorgelegten Unternehmensplan hat die Gesellschafterversammlung am 21.02.2019 zugestimmt. Dazu ist festzustellen, dass der Unternehmensplan (Broschüre – Wir kalkulieren) keine Stellenübersicht enthält. Die Vorgaben des § 10 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht vollständig erfüllt.

Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG erweitert. Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12.06.2020. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

### **2.3 Prüfungsergebnis**

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2019 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der RKH GmbH, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der RKH GmbH verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfbericht datiert vom 30. September 2020.

## **3 Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH**

### **3.1 Allgemeines**

Bei der Beteiligung an der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (KLB), eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 204454, handelt es sich um eine unmittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg in Höhe von 36,75 % am Stammkapital.

Die Geschäftsanteile am Stammkapital von insgesamt 5,5 Mio. € stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

<b>Beteiligungsverhältnisse</b>	<b>Nennbetrag in Euro (€)</b>	<b>Anteil in Prozent (%)</b>
Landkreis Ludwigsburg	2.021.250,00	36,75
Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen	673.750,00	12,25
Regionale Kliniken Holding Ludwigsburg	2.805.000,00	51,00

Die Basis für das Geschäftsjahr 2019 stellt der Gesellschaftsvertrag vom 18.07.2007 dar mit der letzten Änderung am 22.03.2017.

Es bestehen folgende weitere Geschäftsgrundlagen:

- Konsortialverträge
- Geschäftsordnung des Aufsichtsrats vom 14.03.1994; Geschäftsordnung für die Organisationsstruktur der Kliniken Ludwigsburg–Bietigheim gGmbH vom 30.05.2008
- Jeweils zeitlich befristeter Zuwendungsbescheid und Betrauungsakt im Sinne des EU-Beihilferechts (Freistellungsbeschluss) gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind (AEUV).

Durch die Rechtsform der gGmbH ist die Haftung der Gesellschafter, nach der erfolgten Eintragung in das Handelsregister, auf die Einlage begrenzt. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter ist im Gesellschaftsvertrag nicht bestimmt.

Im Hinblick auf die kommunalrechtlich vorgeschriebene Haftungsbegrenzung sollten die Regelungen im Konsortialvertrag zur Finanzierung bzw. zum Verlustausgleich der Gebietskörperschaften für ihre jeweilige Klinikgesellschaft im Zuge der Neufassung dieser Verträge überprüft werden.

Zum Alleingeschäftsführer ist seit dem 01.01.2015 Herr Prof. Dr. Jörg Martin bestellt.

Als Kontrollorgan ist ein 20-köpfiger Aufsichtsrat eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2019 wurden drei Sitzungen des Aufsichtsrats abgehalten, außerdem hat eine Klausurtagung des Aufsichtsrats zur Finanzierung der Kliniken stattgefunden.

Die Einberufung der Sitzungen ist entsprechend den gesellschaftsvertraglichen Vorgaben form- und fristgerecht erfolgt. In den jeweiligen Sitzungen lag Beschlussfähigkeit vor. Die Beschlüsse sind ordnungsgemäß zustande gekommen. Der Fachbereich Prüfung und Revision hat an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen und konnte sich damit vom ordnungsgemäßen Hergang der Sitzungen überzeugen. Die Beratungen und Beschlussfassungen sind in den Niederschriften über die Sitzungen des Aufsichtsrats dokumentiert.

Durch den Aufsichtsrat wurden keine Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst. Der Umfirmierung zur RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH wurde in der Aufsichtsratssitzung der KLB vom 26.11.2019 zugestimmt und von der Gesellschafterversammlung beschlossen.

Die Gesellschafterbeschlüsse sind jeweils im Rahmen des Umlaufverfahrens gefasst worden. Die notwendigen Beschlüsse der kommunalen Gremien wurden eingeholt. Landrat Dr. Haas, als gesetzlicher Vertreter des Landkreises, hat diese Beschlüsse in den Gesellschafterversammlungen beachtet.

### 3.2 Rechnungsergebnis

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2017 bis 2019 ist nachfolgend abgebildet:

Geschäftsjahr	2017 in T€	2018 in T€	2019 in T€
<b>Klinikum Ludwigsburg</b>			
Bilanzsumme	417.487	446.928	465.259
Jahresfehlbetrag	-	-	-
Jahresüberschuss	1.058	2.300	972
<b>Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen<sup>1</sup></b>			
Bilanzsumme	70.614	69.997	67.862
Jahresfehlbetrag	901	1.7	-
Jahresüberschuss	-	-	266
<b>Krankenhaus Marbach</b>			
Bilanzsumme	22.630	22.738	21.095
Jahresfehlbetrag	2.093	1.765	2.039
Jahresüberschuss	-	-	-
<b>Klinik für geriatrische Rehabilitation</b>			
Bilanzsumme	193	165	138
Jahresfehlbetrag	42	28	12
Jahresüberschuss	-	-	-
<b>Gesamtergebnis KLB gGmbH</b>			
<b>Bilanzsumme<sup>2</sup></b>	<b>475.384</b>	<b>500.015</b>	<b>515.800</b>
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-1.977</b>		<b>-813</b>
<b>Jahresüberschuss</b>		<b>+505</b>	

Die Zielsetzung der Unternehmensplanung 2019 wurde knapp verfehlt, dort wurde mit einem Minus von 692 T€ kalkuliert.

Im Gesellschaftsvertrag § 10 Absatz 2 wird die Geschäftsführung verpflichtet, vor Beginn des neuen Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat eine Unternehmensplanung zur Genehmigung vorzulegen. Diese beinhaltet für jedes Wirtschaftsjahr einen Wirtschaftsplan und eine 5-jährige Finanzplanung gemäß § 103 Absatz 1 Nr. 5a) GemO i.V. m. § 48 LKrO. Dem für das Wirtschaftsjahr 2019 vorgelegten Unternehmensplan hat die Gesellschafterversammlung am 13.02.2019 zugestimmt. Dazu ist festzustellen, dass der Unternehmensplan (Broschüre – Wir kalkulieren) keine Stellenübersicht enthält. Die Vorgaben des § 10 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht vollständig erfüllt. Auf die Prüfungsfeststellung des Vorjahres im Bericht über die Betätigungsprüfung 2018 wird verwiesen.

<sup>1</sup> Zum 01.02.2016 wurden das Krankenhaus Bietigheim und das Krankenhaus Vaihingen zu einem gemeinsamen Plankrankenhaus zusammengeführt.

<sup>2</sup> Im Ergebnis sind keine Innenumsätze enthalten.



Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG erweitert. In Bezug auf die Aufbau- und Ablauforganisation wird unter anderem geprüft, ob es geeignete Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse gibt. Von den Prüfern wird bestätigt, dass zwischenzeitlich Maßnahmen ergriffen wurden, um künftig jederzeit eine vertragskonforme Be- und Abrechnung von Boni und Beteiligungsvergütung im ärztlichen Dienst sicherzustellen und systematisch zu überwachen. Darüber hinaus ergab die Prüfung keine Besonderheiten, die nach der Auffassung der Abschlussprüfer für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Der Bericht des Abschlussprüfers, PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12.06.2020. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

### **3.3 Prüfungsergebnis**

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2019 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der KLB, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der KLB verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfbericht datiert vom 30. September 2020.

## **4 Kliniken Service GmbH (KSG)**

### **4.1 Allgemeines**

Bei der Beteiligung an der Kliniken Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung (KSG), eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 206977, handelt es sich um eine mittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg. Alleingesellschafterin ist die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (KLB) mit einer Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 €. Sitz der Gesellschaft ist Ludwigsburg.

Grundlage im Geschäftsjahr 2019 war der Gesellschaftsvertrag vom 02.12.2009, zuletzt geändert zum 01.07.2012.

Geschäftsführer der KSG im Geschäftsjahr 2019 waren Herr Prof. Dr. Jörg Martin und Herr Axel Hechenberger.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat gebildet. Aus dem Gesellschaftsvertrag und den gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen, § 52 GmbHG, ergibt sich für die KSG mbH keine Pflicht zur Bildung eines Aufsichtsrates.

Im Geschäftsjahr 2019 haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Über die Sitzungen sind Niederschriften angefertigt und von der Geschäftsführung unterzeichnet worden. Der Jahresabschluss 2018 wurde von der Gesellschafterversammlung am 23.07.2019

festgestellt und die Zuführung des Jahresüberschusses in voller Höhe zur Gewinnrücklage beschlossen.

#### **4.2 Rechnungsergebnis**

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2017 bis 2019 ist nachfolgend abgebildet.

<b>KSG GmbH</b>	<b>2017 in T€</b>	<b>2018 in T€</b>	<b>2019 in T€</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.754</b>	<b>1.912</b>	<b>2.359</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>212</b>	<b>235</b>	<b>210</b>

Trotz der gestiegenen Umsatzerlöse verschlechterte sich das Jahresergebnis 2019 gegenüber dem Vorjahr um rund 25 T€. Dies ist im Wesentlichen zurückzuführen auf den Anstieg der Personalaufwendungen und den Anstieg der Materialaufwendungen. Die Bilanzsumme hat sich um rund 447 T€ erhöht, was in erster Linie auf die Erhöhung des Eigenkapitals zurückzuführen ist, demgegenüber steht ein Anstieg der Forderungen gegenüber Gesellschafter.

Dem für das Wirtschaftsjahr 2019 vorgelegten Unternehmensplan hat die Gesellschafterversammlung am 23.01.2019 zugestimmt. Dazu ist festzustellen, dass der Unternehmensplan (Broschüre – Wir kalkulieren) entgegen den Vorgaben im Gesellschaftsvertrag keine Stellenübersicht enthält. Die Vorgaben des § 6 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinn-gemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht vollständig erfüllt. Auf Nachfrage im Rahmen der Prüfung wurde die Auskunft erteilt, dass für die KSG GmbH die Personalplanung anhand eines jährlich abgestimmten Budgets, sowohl stellen- als auch betragsbezogen, erfolgt.

Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG erweitert. Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12. Juni 2020. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

#### **4.3 Prüfungsergebnis**

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2019 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der KSG, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der KSG verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfbericht datiert vom 30. September 2020.

## 5 Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH (OKM)

### 5.1 Allgemeines

Bei der Beteiligung an der Orthopädischen Klinik Markgröningen gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (OKM), eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 205466, handelt es sich um eine mittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg. Alleingesellschafterin ist die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 4.545.100,00 €. Sitz der Gesellschaft ist Markgröningen, Landkreis Ludwigsburg.

Die vertragliche Grundlage für das Geschäftsjahr 2019 stellt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11.10.2010 dar, zuletzt geändert am 16.01.2018.

Geschäftsführer der OKM gGmbH waren im Geschäftsjahr 2019 Herr Prof. Dr. Jörg Martin und Herr Olaf Sporys.

Die Mitglieder des 18-köpfigen Aufsichtsrates entsprechen den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH abgesehen von den zwei Vertretern des Betriebsrates.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2019 drei Sitzungen abgehalten. Es wurden vom Aufsichtsrat keine Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst. Der Umfirmierung zur RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH wurde in der Aufsichtsratssitzung der KLB vom 26.11.2019 zugestimmt.

Im Geschäftsjahr 2019 hat am 04.07.2019 eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

Der Fachbereich Prüfung und Revision hat an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen und sich unmittelbar vom ordnungsgemäßen Hergang der Sitzungen insbesondere der Beschlussfassungen überzeugt. Über die Sitzungen sind Niederschriften angefertigt und unterzeichnet worden.

### 5.2 Rechnungsergebnis

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2017 bis 2019 ist nachfolgend tabellarisch abgebildet.

OKM gGmbH	2017 in T€	2018 in T€	2019 in T€
Bilanzsumme	87.267	91.300	90.230
Jahresfehlbetrag	-900	-557	-2.318

Dem für das Wirtschaftsjahr 2019 vorgelegten Unternehmensplan hat die Gesellschafterversammlung am 23.11.2018 zugestimmt.

Dazu ist festzustellen, dass der Unternehmensplan (Broschüre – Wir kalkulieren) keine Stellenübersicht enthält. Die Vorgaben des § 13 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit

nicht vollständig erfüllt. Auf die Prüfungsfeststellung des Vorjahres im Bericht über die Betätigungsprüfung 2018 wird verwiesen.

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr geringfügig um 1,1 Mio. € auf 90,2 Mio. € (Vj. 91,3 Mio. €) reduziert.

Die Zielsetzung aus der Unternehmensplanung 2019, das Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis abzuschließen, konnte nicht erreicht werden. Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf rund 2,3 Mio. € (Vj. -557 T€).

Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG erweitert. Die Prüfung ergab keine Besonderheiten, die nach der Auffassung der Abschlussprüfer für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind. Der Bericht des Abschlussprüfers, PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12.06.2020. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

### **5.3 Prüfungsergebnis**

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2019 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der OKM gGmbH, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der OKM gGmbH verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfbericht datiert vom 30. September 2020.

## **6 ORTEMA GmbH**

### **6.1 Allgemeines**

Bei der Beteiligung an der ORTEMA GmbH, eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 204258, handelt es sich um eine mittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg. Alleingesellschafterin ist die Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) mit einer Stammeinlage in Höhe von 26.000,00 €. Sitz der Gesellschaft ist Markgröningen.

Der Landkreis Ludwigsburg ist, nach der Holdinggründung, an der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH direkt mit 36,75 % am Stammkapital beteiligt; über diese Beteiligung ist der Landkreis Ludwigsburg mittelbar an der OKM gGmbH und somit an deren hundertprozentigen Tochtergesellschaft ORTEMA GmbH beteiligt.

Grundlage im Geschäftsjahr 2019 waren der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 23.07.2007 mit letzter Änderung vom 30.04.2010 und die Geschäftsordnung in der Fassung vom 01.12.2013.

Zum Geschäftsführer im Jahr 2019 war Herr Prof. Dr. Jörg Martin bestellt. Vertretungsberechtigt gemeinsam mit dem Geschäftsführer waren Herr Hartmut Semsch und Herr Olaf Sporys.

Bei der ORTEMA GmbH ist ein beratender Beirat installiert. Dieser hat das Recht, der Gesellschafterversammlung (OKM vertreten durch den Geschäftsführer) für deren Beschlüsse und für deren Verhalten gegenüber der Geschäftsführung Empfehlungen auszusprechen und sichert damit dem Landkreis Ludwigsburg einen Einfluss in der mittelbaren Beteiligung. Dieser vertraglich festgelegte Einfluss beschränkt sich auf die Beratungsfunktion.

Im Geschäftsjahr 2019 haben drei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Über die Sitzungen wurde eine Niederschrift angefertigt und unterzeichnet.

## 6.2 Rechnungsergebnis

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2017 bis 2019 ist nachfolgend tabellarisch abgebildet.

<b>ORTEMA GmbH</b>	<b>2017 in T€</b>	<b>2018 in T€</b>	<b>2019 in T€</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.285</b>	<b>3.561</b>	<b>4.082</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0,95</b>	<b>169</b>	<b>99</b>

Mit dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2019 konnte das Planziel geringfügig überschritten werden. Allerdings liegt der Jahresüberschuss von 98.532,59 € deutlich unter dem Vorjahresergebnis von 169 T€. Trotz einer Steigerung der Umsatzerlöse und der sonstigen betrieblichen Erträge konnten damit die gestiegenen Personalaufwendungen und der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen nicht kompensiert werden.

Dem für das Wirtschaftsjahr 2019 vorgelegten Unternehmensplan hat die Gesellschafterversammlung am 23.11.2018 zugestimmt. Dabei ist festzustellen, dass der Unternehmensplan (Broschüre – Wir kalkulieren) keine Stellenübersicht enthält. Die Vorgaben des § 9 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht vollständig erfüllt. Auf Nachfrage im Rahmen der Prüfung wurde die Auskunft erteilt, dass für die ORTEMA GmbH die Personalplanung anhand eines jährlich abgestimmten Budgets, sowohl stellen- als auch betragsbezogen, erfolgt.

Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG erweitert. Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12.06.2020. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

## 6.3 Prüfungsergebnis

Aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2019 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der

Beteiligung an der ORTEMA GmbH, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der ORTEMA GmbH verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfbericht datiert vom 30. September 2020.

## **7 MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH**

### **7.1. Allgemeines**

Bei der Beteiligung an der MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (MVZ gGmbH), eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen HRB 748438, handelt es sich um eine mittelbare Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg. Alleingesellschafterin ist die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (KLB gGmbH) mit einer Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 EUR. Die Gesellschaft mit Sitz in Ludwigsburg hat am 01.04.2014 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen.

Grundlage im Geschäftsjahr 2019 war der Gesellschaftsvertrag vom 12.03.2014. Außerdem liegt ein Kooperations- und Mietvertrag vom 04.04.2014 zwischen der KLB gGmbH und der MVZ gGmbH vor. Dieser Vertrag regelt die Zusammenarbeit und die Nutzung des Labors des Pathologischen Instituts sowie die Kostenerstattungen für die Inanspruchnahme von Personal und die Nutzung von Räumen und Einrichtungen.

Geschäftsführer der MVZ gGmbH im Geschäftsjahr 2019 waren Herr Prof. Dr. Jörg Martin und Herr Matthias Ziegler.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat gebildet, eine Pflicht dazu besteht nicht.

Im Geschäftsjahr 2019 haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Über die Sitzungen sind Niederschriften angefertigt und von der Geschäftsführung unterzeichnet worden. Der Umfirmierung zur RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH wurde in der Aufsichtsratssitzung der KLB gGmbH vom 26.11.2019 zugestimmt und von der Gesellschafterversammlung am 27.11.2019 beschlossen.

### **7.2. Rechnungsergebnis**

Die Entwicklung der Geschäftsjahre 2017 bis 2019 ist nachfolgend abgebildet.

<b>MVZ gGmbH</b>	<b>2017 in T€</b>	<b>2018 in T€</b>	<b>2019 in T€</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.236</b>	<b>2.019</b>	<b>1.865</b>
<b>Jahresüberschuss<sup>3</sup></b>	<b>257</b>	<b>279</b>	<b>608</b>

Der Prüfungsauftrag des Abschlussprüfers ist neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG erweitert.

<sup>3</sup> Ergebnis jeweils vor der beschlossenen Gewinnabführung an die Gesellschafterin KLB gGmbH. Für die Geschäftsjahre 2017-2019 wurde eine Gewinnausschüttung von 200 T€ beschlossen.

Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, PricewaterhouseCoopers GmbH, Stuttgart, datiert vom 12.06.2020. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Für den für das Wirtschaftsjahr 2019 vorgelegten Unternehmensplan fehlt der Nachweis über die Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung. Während der laufenden Prüfung konnte der Nachweis durch Vorlage einer Niederschrift nicht erbracht werden.

Der Unternehmensplan (Broschüre – Wir kalkulieren) enthält keine 5-jährige Investitionsplanung und keine Stellenübersicht. Ausgewiesen sind die Ergebnisplanung und der Darlehenspiegel. Die Vorgaben des § 11 Absatz 3 des Gesellschaftsvertrages, der auf die sinngemäße Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verweist, sind damit nicht vollständig erfüllt. Auf Nachfrage im Rahmen der Prüfung wurde die Auskunft erteilt, dass für die MVZ gGmbH die Personalplanung anhand eines jährlich abgestimmten Budgets, sowohl stellen- als auch betragsbezogen, erfolgt.

Im Rahmen der Betätigungsprüfung wurde bemerkt, dass die Investitionsplanung künftig zu erstellen ist, insbesondere weil der Erwerb von Kassenarztsitzen und Praxen geplant sind. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlungen dokumentiert d.h. immer Niederschriften gefertigt werden, weil ansonsten ein Nachweis über die ordnungsgemäße Beschlussfassung nicht erbracht werden kann.

### **7.3. Prüfungsergebnis**

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung für das Geschäftsjahr 2019 gewonnenen Erkenntnisse entspricht die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Ludwigsburg, in Form der Beteiligung an der MVZ gGmbH, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden vertraglichen Bestimmungen. Die mit der Beteiligung an der MVZ gGmbH verbundenen Ziele wurden erfüllt und das Unternehmen wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Die Vertreter des Landkreises Ludwigsburg haben ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen pflichtgemäß und sorgfältig erledigt.

Die Prüfung ist abgeschlossen, der Prüfbericht datiert vom 30. September 2020.

## **8 Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH (AVL)**

### **8.1 Allgemeines**

Die AVL GmbH mit Sitz in Ludwigsburg wurde durch notariellen Vertrag vom 30.05.1989 gegründet und ist seit dem 10.07.1989 als kreiseigene GmbH tätig. Das Stammkapital der AVL GmbH beträgt 102.260,00 € und ist voll eingezahlt.

Seit dem 07.06.2010 ist die AVL GmbH zu 50 % an der Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH beteiligt.

Vertragliche Grundlage für die Betätigungsprüfung 2019 war der Gesellschaftsvertrag vom 30.05.1989 mit den notariellen Änderungen vom 03.11.1998 / 18.01.1999 und 21.11.2001 / 04.02.2002 sowie vom 10.11.2014.

Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der AVL war in der Zeit vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019 Herr Tilman Hepperle. Herr Tobias Mertenskötter, Abteilungsleiter der Deponie- und Energietechnik der AVL, wurde in der Gesellschafterversammlung der HDG am 08./17.02.2017 zum Geschäftsführer der Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH mit Wirkung ab dem 01.02.2017 bestellt. Prokura besaßen im Jahr 2019 Herr Henning Makevic, Abteilungsleiter Finanzen und Organisation und Herr Tobias Mertenskötter, Abteilungsleiter Deponie- und Energietechnik.

Durch die Besetzung des Aufsichtsrats mit 12 Kreisräten und dem Aufsichtsratsvorsitz unter Herrn Landrat Dr. Haas hat sich der Landkreis einen angemessenen Einfluss bei der AVL GmbH gesichert. Als gesetzlicher Vertreter des Landkreises Ludwigsburg ist Herr Landrat Dr. Haas einziges Mitglied der Gesellschafterversammlung.

Im Geschäftsjahr 2019 fanden sechs reguläre Aufsichtsratssitzungen und eine zweitägige Klausurtagung sowie zwei Gesellschafterversammlungen statt. Darüber hinaus gab es eine gemeinsame Sitzung des Aufsichtsrats mit dem Deponieausschuss der Gemeinde Schwieberdingen, eine Besichtigung der Aufbaugilde in Heilbronn sowie einen Besuch der Einweihung der Schwachgas-Behandlungsanlage auf Deponie „Am Lemberg“ und der Biomüllvergärungsanlage in Westheim/Rheinland-Pfalz.

Die vom Kreistag in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder nahmen ihre Pflichten wahr und machten von ihren Prüfungs- und Auskunftsrechten hinreichend Gebrauch.

Nach Durchsicht der Protokolle konnte festgestellt werden, dass immer Beschlussfähigkeit vorlag und die Beschlüsse ordnungsgemäß zustande kamen. Über alle Sitzungen des Aufsichtsrats sowie über die Gesellschafterversammlung wurden Niederschriften angefertigt und vom Vorsitzenden unterzeichnet.

## **8.2 Rechnungsergebnis**

Die AVL GmbH unterliegt nach dem HGB der Prüfungspflicht durch einen Wirtschaftsprüfer. Sie ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 und 4 HGB. Aufgrund dieser Prüfungspflicht wurde entsprechend dem Beschluss des Aufsichtsrats vom 23. Mai 2019 der Jahresabschluss zum 31.12.2019 durch die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk wurde mit Prüfbericht vom 24. April 2020 erteilt.

Im Geschäftsjahr 2019 konnte bei einer Bilanzsumme von 41,54 Mio. € (Vorjahr 41,98 Mio. €) ein Jahresüberschuss von 16.942,02 € (Vorjahr 6.422.624,74 €) erzielt werden.

An einer wirtschaftlichen Betriebsführung besteht aufgrund der durchgeführten Prüfung kein Zweifel. Es fielen keine Punkte auf, die zeigen würden, dass die Vertreter des Landkreises ihre Aufgaben in den Unternehmensorganen nicht pflichtgemäß und sorgfältig erledigt hätten. Die Betätigungsprüfung der AVL GmbH für das Geschäftsjahr 2019 durch den Fachbereich Prüfung und Revision ist abgeschlossen. Der Prüfbericht datiert vom 10. Juni 2020.



## 9 Kleeblatt Pflegeheime gGmbH und Kleeblatt Consult GmbH

### 9.1 Allgemeines

Mit Beschluss vom 27.04.1990 bzw. 25.04.2008 beauftragte der Kreistag den Fachbereich Prüfung und Revision mit der Betätigungsprüfung bei der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH und der Kleeblatt Consult GmbH.

Die vertragliche Grundlage zur Prüfung war für die Kleeblatt Pflegeheime gGmbH der Gesellschaftsvertrag vom 30.05.1989 in der Fassung vom 17.12.2014 und für die Kleeblatt Consult GmbH der Gesellschaftsvertrag vom 21.03.2007.

Gesellschafter der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH sind der Landkreis Ludwigsburg, 20 Kreisgemeinden und der Zweckverband Pattonville. Das Stammkapital der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH beträgt 736.000,00 € und ist voll eingezahlt. Der Landkreis Ludwigsburg ist mit einer Stammeinlage von 64.000,00 € an der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH beteiligt.

Die Kleeblatt Consult GmbH ist eine 100%ige Tochter der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH. Das Stammkapital der Kleeblatt Consult GmbH beträgt 25.564,59 € und ist voll eingezahlt.

Bei der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH wurde ein Kuratorium mit beratender Funktion eingerichtet. Diesem gehören neben den gesetzlichen Vertretern der Kommunen fünf Kreisräte und jeweils zwei Stadt- / Gemeinderäte / Vertreter des Zweckverbandes an. Herr Landrat Dr. Rainer Haas, als gesetzlicher Vertreter des Landkreises Ludwigsburg, und die Damen und Herren Bürgermeister sowie der Zweckverbandsvorsitzende sind Mitglieder der Gesellschafterversammlung.

Im Geschäftsjahr 2019 waren Frau Andrea Nisi-Binder und Herr Stefan Ebert gemeinsam Geschäftsführer der Kleeblatt gGmbH und der Kleeblatt Consult GmbH.

Es fanden zwei Gesellschafterversammlungen sowie eine Sitzung des Kuratoriums statt. Die Einladungen zu allen Sitzungen erfolgten satzungsgerecht, es wurden jeweils ordnungsgemäße Niederschriften angefertigt. Nach Durchsicht der Protokolle wurde festgestellt, dass stets Beschlussfähigkeit vorlag und die Beschlüsse ordnungsgemäß zustande kamen.

### 9.2 Rechnungsergebnis

Sowohl die Kleeblatt Pflegeheime gGmbH als auch die Kleeblatt Consult GmbH unterliegen der Prüfungspflicht nach dem HGB durch einen Wirtschaftsprüfer.

Gemäß dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 24.07.2019 wurde der Jahres- und Konzernabschluss 2019 durch die BW Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk wurde mit Prüfbericht vom 30. April 2020 erteilt.

Der Jahresabschluss der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH weist für das Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss von 226.682,40 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von -1.861.187,21 €) aus, bei einer Bilanzsumme von 57.038.035,45 € (Vorjahr: 57.484.378,27 €). Die Konzernbilanz

weist eine Bilanzsumme von 57.404.544,91 € (Vorjahr: 58.096.546,08 €) und einen Jahresüberschuss von 114.046,84 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von -1.827.324,29 €) aus.

### **9.3 Prüfungsergebnis**

Die Betätigungsprüfung der Kleeblatt Pflegeheime gGmbH und der Kleeblatt Consult GmbH für das Geschäftsjahr 2019 durch den Fachbereich Prüfung und Revision ist abgeschlossen. Der Prüfbericht datiert vom 03. November 2020.